

Leuthards Projekt «Grüne Wirtschaft» vor dem Aus

Von Hubert Mooser, Bern. Aktualisiert am 17.07.2014 28 Kommentare

Mit ihrem Projekt von einer Grünen Wirtschaft eckt sie auch bei ihrer eigenen Partei an. Der Widerstand im Ständerat kommt jedoch nicht überraschend.



Mit ihrem Gegenvorschlag zur Initiative der Grünen überzeugt Bundesrätin Leuthard nicht einmal alle CVP-Ständeräte.
Bild: Keystone

Artikel zum Thema

Obamas ambitioniertes Klimaschutzprojekt
Eine Milliarde Franken findet in der Schweiz
keine Abnehmer

Teilen und kommentieren

Stichworte

Bundesrätin Doris Leuthard (CVP) will die Wirtschaft per Gesetz grüner machen. Mit der Revision des Umweltschutzgesetzes soll die Wirtschaft zu einem verantwortungsvolleren Umgang mit den natürlichen Ressourcen verpflichtet werden. Diese Gesetzesrevision bildet den indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative der Grünen «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft». Die Initiative will den

Doris Leuthard

Ressourcenverschleiss in der Schweiz bis 2050 massiv reduzieren – um 65 Prozent des heutigen Verbrauchs.

Der Bundesrat ist grundsätzlich auch der Meinung, dass die Wirtschaft grüner werden muss, will jedoch die Gestaltung von Konsum und Produktion weniger forsch angehen, als dies die Grünen in ihrer Initiative fordern. Denn um die Ziele dieses Volksbegehrens zu erreichen, müsste man einschneidende Massnahmen ergreifen. Am 15. August befasst sich die Umweltkommission (Urek) des Ständerates mit der Initiative und dem Gegenvorschlag.

Imoberdorf ist «skeptisch»

Es ist heute schon absehbar, dass die Initiative der Grünen in der Urek chancenlos ist. Und nun sieht es ganz danach aus, als werde auch Leuthards Gegenvorschlag in der Kommission scheitern. Denn nebst den Vertretern der SVP, FDP und BDP geht auch Leuthards Parteikollegen in der Urek – Kommissionspräsident Ivo Bischofberger (AI), Fraktionschef Filippo Lombardi (TI) und René Imoberdorf (VS) – der Gegenvorschlag der eigenen Bundesrätin zu weit, wie ein CVP-Politiker betont. Damit wäre im Urek-Ständerat eine Mehrheit gegen diese Revision.

Imoberdorf bestätigt dies. «Ich bin skeptisch», sagt der Oberwalliser zur geplanten Gesetzesrevision. Im Gegenvorschlag sei vieles allgemein gehalten und mit «Kann-Formulierungen versehen». Und dies gebe der Landesregierung weitreichende Kompetenzen in die Hand. Man habe CVP-intern auch einmal kurz über diese Revision geredet, der Grundtenor sei eher kritisch gewesen. Die Initiative der Grünen ist für den Oberwalliser kein Thema.

Ständerat Bischofberger lässt sich dagegen noch nicht in die Karten blicken. Als Urek-Kommissionspräsident werde er sich konsequenterweise erst nach den Anhörungen und Beratungen in der Kommission festlegen, sagt Bischofberger. Filippo Lombardi war für eine Stellungnahme nicht erreichbar.

Ein Insider aus dem Umfeld der Umweltministerin sagt, der Widerstand im Ständerat gegen die Revision des Umweltgesetzes komme nicht überraschend. Die Wirtschaft sei skeptisch und deshalb auch die Ständeräte. Diese spielten jedoch mit dem Feuer, wenn sie ein Scheitern des Gegenvorschlags in Kauf nähmen. Die Volksinitiative der Grünen sei populär und deshalb bei einer Abstimmung nicht chancenlos.

Laut den Initianten der Initiative für eine Grüne Wirtschaft beanspruchen wir heute so viele natürliche Ressourcen, als stünden uns drei Planeten zur Verfügung. Wir verbrauchen zu viel Öl, Gas und Wasser. In der Schweiz landen pro Jahr rund zwei Millionen Tonnen einwandfreier Lebensmittel im Abfall. Auch der Berg an Elektroschrott aus Computern, Mobiltelefonen und Haushaltsgeräten wächst ständig weiter – weil die Lebensdauer der Geräte immer kürzer wird.

Aktionsplan als Alternative

Der Bundesrat denkt über den Ressourcenverschleiss in der Schweiz gleich wie die Grünen. Die Schweiz habe einen grossen ökologischen Fussabdruck, liess Leuthard verschiedentlich durchblicken. Das Ziel der Grünen halten Umwelt- und Energieministerin Leuthard und der Bundesrat aber für nicht realisierbar. Sie lancierte darum im März 2013 einen Aktionsplan «Grüne Wirtschaft». Er umfasst einen Strauss von insgesamt 27 Massnahmen.

Der Aktionsplan bildete die Grundlage für die geplante Revision des Umweltgesetzes, das der Bundesrat am 12. Februar beschlossen hat. Leuthard will bei ihrem Revisionsprojekt mit Anreizen und freiwilligen Massnahmen unter anderem die Recyclingquote verbessern. Erst wenn die festgelegten Ziele so nicht erreicht werden, will man mit Zwangsmassnahmen eingreifen. Die Regierung könnte dann von Unternehmen verlangen, dass diese detailliert aufzeigen, welche Auswirkungen ihre Produkte auf Umwelt und Klima haben. Die Wirtschaftsverbände lehnen den Gegenvorschlag ab und sprechen von Planwirtschaft und von einem Diktat des Bundesrates.

Die Urek wird in diesem Geschäft nach den Sommerferien eine breite Anhörung durchführen. Insgesamt sind 17 Organisationen und Interessenvertreter für den 15. August vorgeladen. (Basler Zeitung)

Erstellt: 17.07.2014, 14:38 Uhr

[Alle Kommentare anzeigen](#)